

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telex: 8 88 848 pbbn d
Telefax: 21 08 84

Inhalt

Wolfgang Roth MdB
bewertet die Ergeb-
nisse des Londoner
Weltwirtschaftsgipfels:
Chance verpaßt.

Seite 1

Rudolf Dreßler MdB
zum Kompromiß über
die Beschäftigungsge-
sellschaften: An der
Grenze des Akzeptab-
len.

Seite 3

Stephan Hilsberg MdB
verlangt eine Beseiti-
gung der Bildungsdis-
kriminierung in der
ehemaligen DDR: Der
Bund ist gefordert.

Seite 3

46. Jahrgang / 135

18. Juli 1991

Chance verpaßt

Zu den Ergebnissen des Londoner Weltwirtschaftsgipfels

Von Wolfgang Roth MdB

Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion

Die Bundesregierung hat auf dem Londoner Weltwirtschaftsgipfel in einer Situation gravierender weltwirtschaftlicher Umbrüche und Umwälzungen, vor allem im Osten Europas, sowie zunehmender ökologischer Bedrohungen wenig durchsetzen können. Ihr ist es insbesondere nicht gelungen, die anderen westlichen Partner gegenüber den östlichen Reformländern, zu dem gleichen Ausmaß an Hilfeleistungen zu überzeugen, wie wir sie bereits geleistet haben. Eine geschichtliche Chance wurde auf diesem Gipfel vertan. Es ist zu befürchten, daß der Mißerfolg Gorbatschows zu einem Rückschlag der Reformpolitik führen kann.

Die Bewertung im einzelnen:

1. Osteuropa:

Völlig allgemein und ohne Substanz sind die Aussagen des Weltwirtschaftsgipfels für die osteuropäischen Reformländer einschließlich der UdSSR bei ihrem Weg von der Plan- zur Marktwirtschaft und der Eingliederung dieser Länder in die Weltwirtschaft. Notwendig wäre nicht nur eine nachhaltige Liberalisierung der westlichen Märkte für Produkte aus den östlichen Reformländern einschließlich der Sowjetunion gewesen.

Darüber hinaus hätte der Sowjetunion eine projektorientierte Unterstützung gegeben werden müssen. Die Bundesregierung hat es versäumt, den großen Beitrag der deutschen Steuerzahler für die Ostintegration herauszustellen und angemessene Beiträge der Partner zu verlangen. Sie hat darüber hinaus keine ungeschminkte Darstellung der Finanzlage gegeben. Nicht einmal die Abschaffung des COCOM-Regimes bei der Lieferung von Hochtechnologiegütern in die Sowjetunion ist angesprochen worden.

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Veröffentlicht Umwelt
mit wasserunlöslichen
Reinigungs-Papier



2. **GATT:**

Wenn es auch im Prinzip zu begrüßen ist, daß sich die Gipfelteilnehmer geeinigt haben, die GATT-Verhandlungen zum Jahresende abzuschließen, so bleibt es zweifelhaft, daß von deutscher beziehungsweise europäischer Seite die Voraussetzungen hierfür geschaffen sind. Nachdem Bundeskanzler Kohl gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Mitterrand weiterhin größten Widerstand beim Abbau der Agrarsubventionen geleistet hat, ist die Chance vertan, eine gesunde Basis für den Abschluß der GATT-Verhandlungen zu schaffen. Immer noch ist offen, ob die Bundesregierung sich endgültig für ein System der einkommensbezogenen Hilfen für die Landwirtschaft entscheidet und damit einen entscheidenden Schritt beim Abbau der Agrarsubventionen in der EG vorankommt.

3. **Entwicklungsländer:**

Zu wenig Konkretes bieten die Aussagen der Gipfelteilnehmer über die Schuldenerleichterung für die Entwicklungsländer, die den ärmsten Entwicklungsländern der Welt zusätzlich gewährt werden sollen. Es hätte zumindest eine Verpflichtung ausgesprochen werden müssen, daß unsere westlichen Partner in dem gleichen Maße diese Schuldenerleichterungen geben, wie wir es bereits getan haben. Eine neue Strategie zur humaneren Strukturanpassung in den Entwicklungsländer wurde nicht einmal diskutiert.

4. **Energie:**

Ebensowenig konkret ist auch die Verpflichtung der Industrienationen, bis zur UNO-Umweltkonferenz 1992 ein Rahmenabkommen über die Verhinderung von Klimaveränderungen zu erreichen. So begrüßenswert es ist, daß Einigkeit über die Erarbeitung konkreter Strategien zur Begrenzung der Netto-Emissionswerte für Treibhausgase entwickelt werden sollen, so wenig reicht es aus, diese Strategien nicht mit klaren Zielgrößen festzuschreiben.

Einen Fortschritt spiegelt die Forderung der Gipfelteilnehmer zur Verbesserung der Internationalen Energieversorgung wieder. Die Bundesregierung wird aufgefordert, hier eine Vorreiterrolle zu übernehmen und insbesondere Anstrengungen zu unternehmen, daß in die Energiepreise die Umweltkosten in vollem Umfang einbezogen werden.

5. **Rüstungsexporte/Konversion:**

Zu begrüßen ist die Vereinbarung der großen westlichen Rüstungsexporteure, die Problematik der Rüstungsexporte zu einem Hauptthema zu machen und ein Register über erfolgte Rüstungslieferungen bei den Vereinten Nationen einzurichten. Als vertrauensbildende Maßnahme sollte die Bundesregierung einen ersten Schritt tun und jährlich die Öffentlichkeit über die von ihr erteilten Rüstungsexportgenehmigungen informieren. Bei den Aussagen des Wirtschaftsgipfels zur Rüstungskonversion in den UdSSR fehlen allerdings entsprechende Hinweise auf Aktivitäten zur Umstellung der Industrie in den großen westlichen Industrienationen.

Insgesamt wurden die hohen Erwartungen von diesem Gipfel nicht erfüllt. Es bleibt die Hoffnung, daß sich bis zu dem Münchener Gipfel 1992 die Reformchancen in Osteuropa nicht verflüchtigen, weil die Krise unkontrollierbar geworden ist.

Die Bundesregierung hat als Gastgeber des nächsten Gipfels die Aufgabe, die Kooperation und Unterstützung zur Stabilisierung der betroffenen Länder zu koordinieren.

(-/18. Juli 1991/st/ks)

An der Grenze des Akzeptablen
Zum Kompromiß über die Beschäftigungsgesellschaften

Von Rudolf Dreßler MdB
Stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Vorsitzender des
Arbeitskreises Sozialpolitik

Der Kompromiß über die Bildung von Beschäftigungsgesellschaften liegt an der Grenze des Akzeptablen. Eine örtliche Beteiligung von Treuhandunternehmen wurde nicht erreicht und ebenso keine Beibehaltung von Stammarbeitsverhältnissen in diesen Gesellschaften - Forderungen, für die Gewerkschaften bis zuletzt gestritten haben.

Jetzt wird es darauf ankommen, daß örtliche und regionale Initiativen gefördert werden, wenn sie auf die Einrichtung von Beschäftigungs- und Qualifizierungsgesellschaften dringen. Dabei wird sich zeigen, ob die Treuhandanstalt ihre Bereitschaft zur personellen und materiellen Hilfe extensiv auslegt, oder ob sich auf dieser Ebene Strattereien kleinlicher Art wiederholen. Das wäre ein denkbar schlechter Dienst für Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit Bedrohte in den neuen Ländern.

Der über fünf Wochen andauernde Streit zeigt grundsätzlich, welch realen wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Machtzuwachs die Treuhandanstalt seit ihrer Gründung in sich konzentriert. Die größte Unternehmens-Holding der Welt ist ganz offenkundig in einer Super-Position auf Grund ihrer Verhandlungsmacht. Das wirft schwerwiegende Fragen für die parlamentarische Kontrolle und die Einordnung der Treuhand in die Konsens-Tradition der Bundesrepublik auf. Hier zeichnet sich Handlungsbedarf ab. Der Bundestag muß sich nach der Sommerpause in geeigneter Form mit diesem Sachverhalt beschäftigen.

(-/18. Juli 1991/rs/ff)

Der Bund ist gefordert
Folgen der Bildungsdiskriminierung in der ehemaligen DDR beseitigen

Von Stephan Hilsberg MdB
Stellvertretender Sprecher der SPD-Fraktion für Bildung und Wissenschaft

Obwohl die DDR-Verfassung ein "Recht auf Bildung" enthielt, fand im Schul- und Hochschulalltag der DDR in großem Umfang Bildungsdiskriminierung statt. Diese war ideologisch motiviert und erfolgte im Interesse des Machterhalts der SED. Betroffen davon waren ganze Generationen von Jugendlichen, die in ihrer Persönlichkeitsentfaltung massiv behindert wurden. Willkürliche, politisch motivierte Zulassungsbeschränkungen und Abiturverbote waren die Regel. Dem standen viele Bildungsprivilegien für die dienstfertigen Jugendlichen, die eine Laufbahn in FDJ und SED sowie NVA und MfS anstrebten, gegenüber.

Die heute von der SPD eingebrachte Kleine Anfrage "Folgen der Praxis der Bildungsdiskriminierung im Hochschulbereich der ehemaligen DDR" widmet sich in besonderem Maße denjenigen,

- denen der SED-Staat die Zugangsberechtigung zum Hochschulstudium verwehrt und
- die trotz guter fachlicher Eignung kein Studium ihrer Wahl aufnehmen durften.

Ziel der Kleinen Anfrage ist es zunächst, das Ausmaß der Bildungsdiskriminierung nach erreichtem beziehungsweise versagtem Abschluß, nach Alter und Geschlecht sowie beabsichtigter Wiederaufnahme der Ausbildung zu quantifizieren und die Diskriminierungspraktiken transparent zu machen.

Bisher fehlen Rechtsgrundlagen und Programme für die Förderung ehemals benachteiligter junger Frauen und Männer. Hier ist der Bund wegen seiner gesamtstaatlichen Verantwortung besonders gefordert. Deshalb geht es der SPD in einem zweiten Schritt darum, die durch die Bildungsdiskriminierung bisher Benachteiligten, welche sich jetzt unter den neuen Bedingungen mit der Absicht tragen, ein Studium aufzunehmen, besonders zu fördern. Dies wäre möglich

- a) durch Konkretisierung der Zulassungsbestimmungen für Bewerberinnen und Bewerber ohne Abitur im HRG (§ 27) und in den Hochschulgesetzen aller Länder;
- b) durch eine Öffnungsklausel, auch in Numerus-Clausus-Fächern (§§ 31 ff HRG);
- c) durch eine besondere finanzielle Förderung für ihr Studium.

Mit der Übernahme des Grundgesetzes im Beitrittsgebiet ist es nicht getan. Damit wurde zwar die bisherige Bildungsdiskriminierung abgeschafft, die Folgen aber bestehen fort. Sie reichen von fehlender Erfüllung im Beruf und unzureichenden beruflichen Perspektiven bis zur tiefen Verbitterung und Enttäuschung der Betroffenen. Hier liegt bei entsprechender Förderung das Potential für engagiertes und qualifiziertes Personal, auf das wir beim Neuaufbau von demokratischer Wirtschaft und Verwaltung in den neuen Ländern angewiesen sind. Deshalb ist die Bundesregierung zusammen mit den Ländern aufgefordert, bisherige Benachteiligungen durch eine gezielte besondere Förderung zu lindern.

Die Kleine Anfrage zur Bildungsdiskriminierung ergänzt die Große Anfrage der SPD zur "Rehabilitierung der Opfer des SED-Unrechts". Es ist nicht nur notwendig, das SED-Unrecht als komplexes Problem zu behandeln, sondern auch in seinen einzelnen Facetten und innerhalb spezieller gesellschaftlicher Bereiche zu durchleuchten.

Die Bildungsdiskriminierung hat viele Menschen in der DDR enttäuscht, verbittert und ins gesellschaftliche Abseits zu stellen versucht. Dies können wir nicht ungeschehen machen. Aber wir müssen versuchen, die Resignation und Enttäuschung aufzuweichen. Damit gewinnen wir Kräfte für den demokratischen Neuaufbau und können die Motivation zur demokratischen politischen Mitwirkung erhöhen.

Die Aufarbeitung der Bildungsdiskriminierung ist auch ein Beitrag für die Neuordnung des Schulwesens in den neuen Ländern, in denen das soziale Grundrecht auf Bildung auf der Grundlage der Forderung nach Gleichheit der Bildungschancen und des Prinzips "Fördern statt Auslese" verwirklicht werden muß. Die Fehler der SED, die rechtsstaatswidrigen Praktiken und die Folgen für die von der SED Benachteiligten müssen offensiv aufgearbeitet werden.

(-/18. Juli 1991/rs/fr)
